LANDKREIS WOLFENBÜTTEL

Geschäftszeichen Wolfenbüttel, den 27. Januar 2010

N i e d e r s c h r i f t

über die 19. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen und Personalangelegenheiten

-öffentlicher Teil-

Sitzungstermin:	Mittwoch, 20.01.2010	
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr	
Sitzungsende:	18:05 Uhr	
Ort, Raum:	Landkreis Wolfenbüttel, Bahnhofstr. 11, Wolfenbüttel, großer Sitzungssaal	38300

Teilnehmerinnen/Teilnehmer

Vorsitz
Kaatz, Detlef

Ordentliche Mitglieder
Bötel, Bernhard
Ganzauer, Oliver
Hensel, Falk
Jahn, Ernst-Henning
Koch, Harald
Koch, Manfred
Müller, Jan-Christian
Polzin, Bruno
Rautmann, Dirk
Schäfer, Uwe

Von der Verwaltung

Schäffer, Heike	Dezernentin
Vogt, Kornelia	Pressesprecherin
Hasselmann, Dirk	Protokollführer

Es fehlen:

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
3. Genehmigung der Niederschrift über die 18. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen und Personalangelegenheiten vom 11.11.2009
4. Anfragen

4.1. Einwohnerfragestunde (§§ 18, 25 GO)

4.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern (§§ 15 Abs. 2, 25 GO)

5. Über und außerplanmäßige Ausgaben vom 27.10.2009 bis 05.01.2010
   Vorlage: XVI-0687/2010
6. 4. Satzung zur Änderung der Verwaltungskostensatzung
   Vorlage: XVI-0685/2010
7. Wirtschaftsplan der Tourismus und Warnetalbahn GmbH für das Jahr 2010
   Vorlage: XVI-672/2009
8. Errichtung einer Integrierten Gesamtschule (IGS) am Schulstandort Wallstr. in Wolfenbüttel; Abschluss einer Nutzungsvereinbarung zwischen dem Landkreis und der Stadt Wolfenbüttel und Darstellung des Investitionsbedarfs bis 2015
   Vorlage: XVI-0683/2010
9. Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2010
   Vorlage: XVI-0677/2010
10. Stellenplan des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2010
    Vorlage: XVI-0686/2010
11. Unterrichtung durch den Landrat über wichtige Angelegenheiten (§ 57 Abs. 4 NLO)

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzender Kaatz eröffnet um 16:35 Uhr die 19. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen und Personalangelegenheiten und begrüßt die Anwesenden.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Vorsitzender Kaatz stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die 18. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen und Personalangelegenheiten vom 11.11.2009

Ohne Aussprache ergeht folgender

Die Niederschrift der 18. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen und Personalangelegenheiten vom 11.11.2009 wird einstimmig genehmigt.

TOP 4 Anfragen

Vorsitzender Kaatz ruft Tagesordnungspunkt 4 auf.

TOP 4.1 Einwohnerfragestunde (§§ 18, 25 GO)

Es liegen keine Anfragen vor.

TOP 4.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern (§§ 15 Abs. 2, 25 GO)

KAbg. Schäfer bedankt sich für die Verschiebung des Sitzungsbeginns auf 16:30 Uhr. Dies komme den Berufstätigen und denen, die nicht aus Wolfenbüttel kommen, sehr entgegen.

TOP 5 Über und außerplanmäßige Ausgaben vom 27.10.2009 bis 05.01.2010 Vorlage: XVI-0687/2010

Vorsitzender Kaatz ruft Tagesordnungspunkt 5 auf.

KAbg. Rautmann nimmt Bezug auf die überplanmäßige Ausgabe hinsichtlich der Netzwerkbetreuung der CGL-Schule und fragt an, ob diese vom Kreis beauftragt werde oder von der Schule selbst. Der Sprecher habe erfahren, dass die Netzwerkbetreuung nicht den gängigen Standards des Landkreises entspreche. Oftmals sollen lange Wartezeiten für die Instandsetzung entstehen. Darüber hinaus solle auch die Einrichtung von Rechnern nicht ordnungsgemäß erfolgen. Ob der Mitteleinsatz gerechtfertigt sei, sei fraglich.

Dezernentin Schäffer führt aus, dass eine externe Firma beauftragt worden sein müsse. Die Sprecherin könne allerdings nicht explizit sagen, wer den Auftrag konkret vergeben habe. Grundsätzlich sei dies Aufgabe des Schulreferates in Zusammenarbeit mit der jeweiligen Schule

sowie der EDV-Abteilung. Die Frage werden in Form einer Anmerkung der Verwaltung im Protokoll beantwortet.

Anmerkung der Verwaltung :Die Netzwerkbetreuung ist durch die CGL-Schule in Absprache mit dem Referat 40 beauftragt worden.

KAbg. M. Koch fragt, für welche Schule bzw. Einrichtung die auf Seite 2 der Anlage aufgeführten überplanmäßigen Ausgaben für „Vermischte Ausgaben“, „Haltung von Fahrzeugen“ und „Netzwerkbetreuung“ seien, da dies nicht aus den Unterlagen hervorgehe.

Vorsitzender Kaatz verweist darauf, dass eine Beantwortung dieser Frage ebenfalls in Form einer Anmerkung der Verwaltung im Protokoll erfolge.

Anmerkung der Verwaltung: Die aufgeführten überplanmäßigen Ausgaben betreffen die HRS Baddeckenstedt/Schule im Innerstetal.

Vorsitzender Kaatz merkt an, dass die überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 253.491,12 € bei den Leistungsbeteiligungen bei Leistungen für Unterkunft und Heizung bemerkenswert sei. Anstelle der geplanten Leistungssenkung sei es zu einer Erhöhung von 2 % gekommen.

Ohne weitere Aussprache erfolgt nachstehende

Kenntnisnahme:

Von den vom 27.10.2009 bis zum 05.01.2010 geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben, wie sie sich aus der Anlage zur Vorlage Nr. XVI-0687/2010 ergeben, wird Kenntnis genommen.

TOP 6 4. Satzung zur Änderung der Verwaltungskostensatzung Vorlage: XVI-0685/2010

Vorsitzender Kaatz ruft Tagesordnungspunkt 6 auf.

Ohne Aussprache ergeht folgende

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Personalangelegenheiten empfiehlt einstimmig dem Kreisausschuss, dem Kreistag zu empfehlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Die 4. Satzung zur Änderung der Satzung des Landkreises Wolfenbüttel über die Erhebung von Verwaltungskosten im eigenen Wirkungskreis (Verwaltungskostensatzung), wie sie sich aus der Anlage zur Sitzungsvorlage XVI-0685/2010 ergibt, wird beschlossen.

TOP 7 Wirtschaftsplan der Tourismus und Warnetalbahn GmbH für das Jahr 2010
Vorlage: XVI-672/2009

Vorsitzender Kaatz ruft Tagesordnungspunkt 7 auf.

Ohne Aussprache ergeht folgende

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Personalangelegenheiten empfiehlt einstimmig dem Kreisausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Landrat wird ermächtigt, dem als Anlage beigefügten Wirtschaftsplan der Tourismus und Warnetalbahn GmbH für das Jahr 2010 zuzustimmen.

TOP 8 Errichtung einer Integrierten Gesamtschule (IGS) am Schulstandort Wallstr. in Wolfenbüttel; Abschluss einer Nutzungsvereinbarung zwischen dem Landkreis und der Stadt Wolfenbüttel und Darstellung des Investitionsbedarfs bis 2015
Vorlage: XVI-0683/2010

Vorsitzender Kaatz ruft Tagesordnungspunkt 8 auf und teilt mit, dass Dezernentin Schäffer zunächst die wesentlichen Inhalte der Nutzungsvereinbarung darstellen und Herr Thiele anschließend die Auswirkungen auf den Haushaltsplan des Regiebetriebes Gebäudewirtschaft erläutern werde.

Dezernentin Schäffer erläutert die Vorlage Nr. XVI-0683/2010 sowie die Inhalte der zwischen der Stadt und dem Landkreis Wolfenbüttel unter Vorbehalt geschlossenen Nutzungsvereinbarung im Detail.

KAbg. Schäfer bittet bzgl. § 6 der Nutzungsvereinbarung um Auskunft, ob für den Landkreis Wolfenbüttel ein Nutzungsrecht an dem Mobiliar bestehe und wie sich dieses gegebenenfalls gestalte.

Dezernentin Schäffer antwortet, in den Planungen sei vorgesehen, dass die IGS entweder neues Mobiliar erhalte oder mit vorhandenem Mobiliar aus kreiseigenen Schulen ausgestattet werde. Das im Eigentum der Stadt Wolfenbüttel verbleibende Mobiliar werde sukzessive mit dem jeweiligen Auszug der Schülerinnen und Schüler aus der Wallstraße entnommen.

KAbg. Schäfer stellt diesbezüglich die Frage, wie dafür die Kostenplanungen aussehe.

Dezernentin Schäffer erklärt, dass dementsprechende Mittel im Haushaltsplanentwurf veranschlagt seien.

KAbg. M. Koch stellt fest, dass in Zusammenhang mit der geplanten Eigentumsübertragung erhebliche zusätzliche Kosten, u.a. Notarkosten etc. entstünden. Da es sich bei der Stadt Wolfenbüttel um eine öffentlich-rechtliche Körperschaft handele, könne doch auch lediglich die Nutzung an den betreffenden Grundstücken und Gebäuden übertragen werden. So könne man

Kosten sparen. Der Sprecher fragt, ob der Abschluss der vorliegenden Nutzungsvereinbarung tatsächlich erforderlich sei.

Dezernentin Schäffer erwidert, dass es andere Möglichkeiten gegeben hätte und diese auch diskutiert worden seien. Für diesen Vorschlag habe sich die Verwaltung aber letztendlich entschieden. Als Eigentümer an den entsprechenden Grundstücken und Gebäuden erlange der Landkreis eine bessere Handhabbarkeit. Insbesondere im Bereich der baulichen Investitionen erhalte der Landkreis die notwendige Flexibilität und Unabhängigkeit.

Vorsitzender Kaatz führt ebenfalls die nicht unerheblichen Abschreibungs- und Grunderwerbskosten an. Der Sprecher weist darauf hin, dass vor diesem Hintergrund nochmals eine Überprüfung erfolgen solle.

Herr Thiele stellt das gesamte Investitionsprogramm der IGS in Höhe von 10,4 Mio. € für den Bereich der Sekundarstufe I inklusive des Neubaus einer Doppelturnhalle anhand der sich als Anlage 2 zum Protokoll beigefügten Aufstellung „Investitionsprogramm – Integrierte Gesamtschule Wallstraße“ dar. Der Sprecher verweist hierzu auch auf Anlage 3 der Sitzungsvorlage. Der sich im Vergleich zu der ersten Einschätzung ergebende Mehrbetrag resultiere daraus, dass seinerzeit weder das Gebäudemanagement des Landkreises Wolfenbüttel noch das Gebäudemanagement der Stadt Wolfenbüttel eingebunden gewesen seien. Darauf habe Frau Wollschläger in der im letzten Spätsommer erstellten Sitzungsvorlage hingewiesen. Nach der Begehung durch Fachleute der Gebäudewirtschaft sei unter anderem folgender Sanierungsbedarf festgestellt worden, der nicht absehbar gewesen sei:

- Heizungsanlage i.H.v. 170.000,00 €
- Fluchtwege, Fluchtwegbeleuchtung, Hausalarm- und Brandmeldeanlage i.H.v. 225.000,00 €
- Tutorenplätze i.H.v. 150.000,00 €
- Wärmedämmarbeiten, unter anderem am Dach i.H.v. 232.500,00 €

Daraus resultiere letztendlich der Betrag in Höhe von 10,4 Mio. €.

KAbg. Jahn fragt, welche Summen für das zu beschaffende Mobiliar in den einzelnen Haushaltsjahren veranschlagt seien.

Herr Thiele antwortet, dass für die Schülerplätze, bestehend aus den Schultischen und den Stühlen, je Unterrichtstraum 3.600,00 € veranschlagt seien. Insgesamt seien 30 allgemeine Unterrichtsräume zur Verfügung zu stellen.

KAbg. Jahn befürchtet, dass die Ansätze für die Neueinrichtung der Fachräume nicht ausreichend seien und erheblich höher ausfallen würden.

Herr Thiele führt aus, dass bei der Kalkulation die in den vergangenen Jahren gewonnenen Erfahrungen beim Bau kreiseigener Schulen berücksichtigt worden seien. Dementsprechend seien jeweils für das Mobiliar und sämtliche Fachsammlungen, die z. B. für den Physik-, Chemie- und Biologieunterricht notwendig seien, 120.000,00 € veranschlagt, für den Kunstraum 65.000,00 €.

KAbg. Jahn interessiert darüber hinaus, wie die Raumgrößen im Vergleich zu den Schülerzahlen ausgelegt seien. Der Sprecher befürchtet, dass die Raumgrößen zu klein und eventuelle Erweiterungsbauten oder Umbauten über die geplanten Investitionen hinaus erforderlich seien.

Herr Thiele betont, dass das Gebäude ca. 125 Jahre alt und denkmalgeschützt sei. Aufgrund dieser sowie statischer Gegebenheiten könnten die zur Verfügung stehenden Räume nicht in dem Maße verändert werden, wie dies an mancher Stelle wünschenswert sei. Ausgehend von etwa 30 Schülern in einem Raum von einer Größe zwischen 51 und 54 qm bereite dies im Hinblick auf die Einführung anderer pädagogischer Konzepte, wie z.B. Gruppenarbeiten, enorme Schwierigkeiten.

Vorsitzender Kaatz ergänzt, dass im Ausschuss für Schule, Kultur und Sport auch darüber beraten worden sei, die Schülerzahlen in den einzelnen Klassen bei Bedarf zu verkleinern. Dies erfolge dann durch die Schulleitung.

KAbg. Jahn führt an, dass die Planung bis 2015 auch die Einführung der Sekundarstufe II vorsehe. Dies sei mit erheblich höheren als den vorgesehen Kosten in Höhe von 10,4 Mio. € verbunden. Dazu finde derzeit auch eine starke Diskussion in den Medien statt. Während die Befürworter der IGS meinen, man bliebe in dem jetzigen Kostenrahmen, gingen Kritiker von Kosten bis zu 20 Mio. € aus. Selbst wenn der Bereich der Sekundarstufe II zunächst nicht in den Planungen berücksichtigt werde, müsse von Verwaltungsseite eine Kostenabschätzung für die Folgejahre vorgenommen werden. Schließlich sei die Sekundarstufe II ein Bestandteil der IGS.

Dezernentin Schäffer erwidert, dass es derzeit noch keine Kostenschätzung zur Sekundarstufe II gäbe. Mit Bezug auf das Gebäude Wallstraße verweist die Sprecherin darauf, dass eine Kostenschätzung von der Verwaltung auch nicht erfolgen könne, da das Gebäude nicht über die Räumlichkeiten für eine Unterbringung der Sekundarstufe II verfüge.

KAbg. M. Koch stellt fest, dass zu den Gesamtkosten für die Errichtung des Bereichs der Sekundarstufe I in Höhe von 10,4 Mio. € auch noch die zu leistende Investitionszuwendung an die Stadt Wolfenbüttel in Höhe von 4,2 Mio. € zu rechnen sei.

Dezernentin Schäffer entgegnet, dass dies keine Kosten der IGS seien.

KAbg. M Koch erwidert, dass diese aber aus Anlass der Errichtung der IGS entstünden. Im Weiteren berechnet der Sprecher, dass der Ansatz für die Fachräume bei etwa 525.000,00 € liegen müsse. Im dargestellten Investitionsprogramm seien jedoch nur 450.000,00 € für die Unterrichtsräume veranschlagt.

Herr Thiele legt dar, dass mit den veranschlagten 450.000,00 € im ersten Bauabschnitt 5 allgemeine Unterrichtsräume sowie das Lehrerzimmer hergerichtet werden würden. Der Unterricht könne somit im Sommer 2010 beginnen.

KAbg. Schäfer führt an, dass relevant sei, welche Kosten in den nächsten Jahren auf den Landkreis zukommen. In dem dargestellten Investitionsprogramm würden Mittel für die übrigen Unterrichtsräume fehlen.

Dezernentin Schäffer erklärt, dass sowohl in den Bauabschnitten „Südwesttrakt“, „Mitteltrakt“ und „Sanierung Neubau 1977“ Mittel für die übrigen Unterrichtsräume enthalten seien. Diese seien nur in dem dargestellten Investitionsprogramm nicht mehr gesondert aufgeführt.

Vorsitzender Kaatz weist darauf hin, dass sich das Investitionsprogramm im Detail aus der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage ergäbe. Im Weiteren bedankt sich der Sprecher bei Dezernentin Schäffer sowie Herrn Thiele für die Vorträge.

Ohne weitere Aussprache ergeht folgende

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Personalangelegenheiten empfiehlt einstimmig bei 5 Enthaltungen dem Kreisausschuss, dem Kreistag zu empfehlen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der zwischen dem Bürgermeister der Stadt Wolfenbüttel und dem Landrat des Landkreises Wolfenbüttel ausgehandelten und als Anlage 1 beigefügten Vereinbarung über die künftige Nutzung des Schulzentrums Wallstr. wird zugestimmt.

2. Das als Anlage 2 beigefügte konkrete Raumkonzept für den Sekundarbereich I der IGS im Schulzentrum Wallstr. wird zur Kenntnis genommen.

3. Die als Anlage 3 beigefügte Übersicht über den baulichen Investitionsbedarf bis einschließlich 2015 wird zur Kenntnis genommen. Die erforderlichen Mittel in Höhe von 10,4 Mio € werden in den Haushaltsjahren 2010 ff. entsprechend zur Verfügung gestellt.

4. Dem einmaligen Investitionszuschuss in Höhe von 4,2 Mio €, wie er sich aus § 2 Abs. 6 der Nutzungsvereinbarung ergibt, wird zugestimmt. Die Bereitstellung der erforderlichen Mittel erfolgt für die Jahre 2010, 2011 und 2012 über die jeweils zu beschließenden Haushalte.

TOP 9 Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2010 Vorlage: XVI-0677/2010

Vorsitzender Kaatz ruft Tagesordnungspunkt 9 auf und gibt zu Bedenken, dass angesichts der wirtschaftlichen Situation immense Mindereinnahmen und höhere Ausgaben zu einem Fehlbetrag im Ergebnishaushalt in Höhe von 6,1 Mio. € führen würden. Im Finanzhaushalt entstünde ein Fehlbetrag in Höhe von 7,9 Mio. €. Man müsse sich darüber unterhalten, wie dem entgegenzusteuern sei. Die Verwaltung habe dazu die vorliegende Tischvorlage erarbeitet. Diese bestehe einerseits aus einer Liste von Maßnahmen, die bereits in den Haushaltsplanentwurf eingearbeitet seien. Darüber hinaus enthalte die Vorlage auch eine Liste mit Vorschlägen, die im Kreisausschuss zu diskutieren seien.

Dezernentin Schäffer gibt einige Erläuterungen zur kommunalen Doppik und leitet zu den Teilhaushalten 01 und 90 über. In diesem Zusammenhang stellt die Sprecherin anhand der als Anlage 1 zum Protokoll beigefügten Präsentation die Aufwendungen den Erträgen gegenüber und spricht die zu tätigenden Investitionen an.

Herr Thiele führt in den Haushaltsplanentwurf des Regiebetriebes Gebäudewirtschaft ein und stellt den Ergebnis- sowie den Finanzhaushalt anhand der als Anlage 2 zum Protokoll beigefügten Präsentation vor. Dabei hebt der Sprecher die entscheidenden Positionen des Haushaltsjahres 2010 hervor. Im Jahresergebnis ergäbe sich ein ausgeglichener Haushalt. Allerdings seien die Auswirkungen der Errichtung der IGS darin noch nicht berücksichtigt. Bezogen auf die Errichtung der IGS erläutert der Sprecher, zu welchen Veränderungen diese im Ergebnishaushalt führe. Im Weiteren weist der Sprecher auf die bisher nicht berücksichtigten Investitionen hin.

Vorsitzender Kaatz bedankt sich bei Dezernentin Schäffer sowie Herrn Thiele für die Vorträge und eröffnet die Aussprache.

KAbg. M. Koch fragt, wie hoch die Aufwendungen für das aktive Personal in den Jahren 2008 und 2009 gewesen seien.

Dezernentin Schäffer legt dar, dass es aufgrund der Umstellung auf die kommunale Doppik keine Vergleichbarkeit der Zahlen gäbe. Daher sei auf die Nennung von Vergleichszahlen verzichtet worden. Konkrete Zahlen des Jahres 2009 lägen noch nicht vor.

KAbg. M. Koch nimmt Bezug auf die geplanten Einsparungen bei den Personalkosten in Höhe von 1 % über die nächsten 5 Jahre und fragt, wie eine Kalkulation vorgenommen worden sei. Diesbezüglich fragt der Sprecher auch, ob die Einsparungen auf Grundlage der bestehenden Personalkosten mit anstehenden Tarifsteigerungen geplant seien.

Dezernentin Schäffer legt dar, die Einsparungen von 1 % der Personalkosten solle auf der Grundlage der bestehenden Personalkosten erreicht werden. Tarifsteigerungen würden nicht in die Grundlage mit einbezogen.

KAbg. M. Koch bittet um Auskunft, welcher Prozentsatz als Tarifsteigerung berücksichtigt wurde.

Frau Ebeling teilt auf Nachfrage durch Dezernentin Schäffer mit, dass bei den Beamten eine Steigerung in Höhe von 1,2 % ab März 2010 veranschlagt sei. Im Bereich der Beschäftigten sei keine Tarifsteigerung einkalkuliert.

KAbg. M. Koch bittet um Behandlung der Tischvorlage, welche als Anlage 3 und 4 dem Protokoll beigefügt ist.

Vorsitzender Kaatz erläutert, dass die Tischvorlage aus zwei Listen bestehe. Eine beinhalte Einsparungen, die bereits von der Verwaltung beschlossen und in den Haushaltsplanentwurf eingearbeitet seien. Die andere Liste beinhalte Vorschläge von der Verwaltung zur Haushaltskonsolidierung, die im Kreisausschuss beraten werden sollen.

KAbg. M. Koch fordert, dass die Tischvorlage im Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Personalangelegenheiten in Vorbereitung des Kreisausschusses beraten werden solle.

Vorsitzender Kaatz führt aus, dass im Ausschuss für Schule, Kultur und Sport keine Beratungen über die Vorschläge der Verwaltung stattgefunden hätten. Der dort zu beratende Teil des Haushaltsplanentwurfes sei so empfohlen worden, wie er im Ausschuss vorgelegen habe. Gleichwohl könne sich dieser Ausschuss mit den Vorschlägen der Verwaltung befassen.

KAbg. M. Koch stellt fest, dass die Vorschläge aus der Verwaltung noch nicht in den Haushaltsplanentwurf eingearbeitet worden seien. Der Sprecher geht davon aus, dass es sich um Einsparmöglichkeiten handele, die die Verwaltung in die Beratungen zum Haushalt eingeführt haben wolle.

Dezernentin Schäffer legt nochmals dar, dass die in der Anlage 3 zum Protokoll genannten Maßnahmen bereits von der Verwaltung beschlossen und in den Haushaltsplanentwurf eingearbeitet seien. Bei den in der Anlage 4 zum Protokoll genannten Maßnahmen handele es sich um von den politischen Gremien zu beratende und zu entscheidende Punkte. Dies seien lediglich Diskussionsvorschläge der Verwaltung.

Vorsitzender Kaatz weist darauf hin, dass solche Beschlüsse vorbehaltlich der Anträge aus den politischen Gremien zu fassen seien.

KAbg. Jahn merkt an, dass es möglich sein müsse, in diesem Ausschuss ein Meinungsbild zu liefern, sofern dies zu einigen Positionen als notwendig erachtet werde. Wenn es bestimmte Positionen gäbe, die bereits in der Öffentlichkeit diskutiert werden würden, z.B. im Bereich der Wohlfahrtspflege, dann solle der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Personalangelegenheiten Empfehlungen abgeben. Mit dieser würden sich die Fraktionen und der Kreisausschuss auseinandersetzen können. Beispielweise solle der Betrag in Höhe von 5.000,00 € für Katastrophenopfer gestrichen werden. Das Erdbeben in Haiti zeige auf, dass die Mittel erforderlich seien und nicht gestrichen werden dürften. Im Weiteren sei die Verlagerung der Aufgabe „Sportförderung“ auf den Kreissportbund vorgeschlagen. Die CDU-Fraktion sei gegen eine solche Aufgabenübertragung. Ebenso könne die Fraktion sich mit der Kürzung der Zuschüsse für bauliche Sportstättensanierungsmaßnahmen von 20 % auf 15 % nicht

einverstanden erklären. Es gehe zwar um kleinere Beträge, jedoch könne aufgrund falscher Entscheidungen an dieser Stelle vieles zunichte gemacht werden. Die Beratung sei daher notwendig und liege in der Zuständigkeit des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen und Personalangelegenheiten.

KAbg. M. Koch ergänzt, dass auch über den Vorschlag der Umstellung der Finanzierungspraxis für das Frauenschutzhaus geredet werden müsse. Zu diesem Thema solle es bereits eine konkrete Verabredung gegeben haben.

Dezernentin Schäffer erläutert, dass es bereits eine Vereinbarung mit dem Träger des Frauenschutzhauses gäbe. Eine entsprechende Vorlage wurde in dem Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit beraten und empfohlen. Es handele sich um ein neues Finanzierungskonzept, für welches bei einem entsprechenden Kreistagsbeschluss jährlich 60.000,00 € für das Frauenschutzhaus bereitgestellt werden müsste.

KAbg. M. Koch merkt in diesem Zusammenhang an, dass es einer Übersicht über die gefassten Empfehlungen der Fachausschüsse noch vor den Fraktionssitzungen bedürfe.

Dezernentin Schäffer versichert, dass mit der Einladung zum Kreisausschuss eine solche Übersicht versandt werde.

KAbg. Hensel führt aus, dass seine Fraktion keine Schwierigkeiten habe, die entsprechenden Vorschläge an dieser Stelle durchzugehen. Es könnten derzeit jedoch keine Empfehlungen abgegeben werden, da noch Beratungsbedarf in der Fraktion bestehe.

Vorsitzender Kaatz gibt zu Bedenken, soweit aus den Fraktionen keine Anträge zur Umsetzung der Verwaltungsvorschläge gemacht werden würden, diese auch nicht in den Haushaltsplanentwurf eingebracht werden würden.

Vorsitzender Kaatz hält fest, dass über die Vorschläge der Politik an dieser Stelle nicht weiter beraten werden könne und schlägt vor, die Haushaltssatzung in der vorliegenden Form zu empfehlen.

KAbg. Bötel, KAbg. Jahn sowie KAbg. Müller stellen den Antrag, keine Beschlussempfehlung abzugeben, sondern die Vorlage zur Beratung in die Fraktionen zu verweisen.

Ohne weitere Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Die Vorlage Nr. XVI-0677/2010 wird einstimmig bei zwei Enthaltungen zur Beratung in die Fraktionen verwiesen.

TOP 10 Stellenplan des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2010 Vorlage: XVI-0686/2010

Vorsitzender Kaatz ruft Tagesordnungspunkt 10 auf.

KAbg. M. Koch stellt fest, dass ein Stellenmehrbedarf von 11,6 Stellen entstünde. Dies sei in der Vorlage unter anderem mit den sogenannten Anpassungsstellen begründet. Der Sprecher merkt an, dass einige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Teil unter Beibehaltung ihrer Aufgaben auf die Anpassungsstellen wechseln sollen. Solche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter könnten doch auf den ihnen ursprünglich zugewiesenen Stellen verbleiben.

Dezernentin Schäffer erläutert zunächst, dass der Stellenmehrbedarf nur zu einem geringen Teil aus den vorgesehenen Anpassungsstellen entstehe. Der überwiegende Teil des Mehrbedarfes begründe sich aus den Stellen der Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter sowie der Stellen im Bereich der allgemeinen Sozialarbeit des Jugendamtes. Die Sprecherin erläutert darüber hinaus, dass die Anpassungsstellen geschaffen werden sollen, um bei unterjährigen Veränderungen mehr Flexibilität im Stellenplan zu erhalten. Falls Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter künftig wegfallende Stellen besetzen, sollen diese auf eine Anpassungsstelle umgesetzt werden, soweit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vorübergehend in einem anderen Bereich eingesetzt werden müssen, da noch keine endgültig neue Stelle zur Verfügung stehe. Hierbei entstünden keine Mehrkosten.

Ohne weitere Aussprache ergeht folgende

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Personalangelegenheiten empfiehlt einstimmig bei 5 Enthaltungen dem Kreisausschuss, dem Kreistag zu empfehlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der als Anlage zur Vorlage Nr. XVI-0686/2010 beigefügte Stellenplan wird als Bestandteil des Haushaltsplanes für das Jahr 2010 beschlossen.

TOP 11 Unterrichtung durch den Landrat über wichtige Angelegenheiten (§ 57 Abs. 4 NLO)

Vorsitzender Kaatz ruft Tagesordnungspunkt 11 auf.

Dezernentin Schäffer berichtet über den aktuellen Sachstand zum Thema „Breitbandversorgung“. Nach dem Ergebnis der zweiten Umfrage sei der Wettbewerbsantrag „Mehr Breitband für das Land“ gestellt worden. Bei der Umfrage seien insgesamt 5.463 Fragebögen ausgefüllt worden, davon 1.419 online und 4.044 in Papierform. Die Beteiligung sei sehr unterschiedlich gewesen. So habe es Orte mit einer Beteiligungsquote von über 80 % gegeben, aber auch Orte mit keiner bzw. nur einer 1%igen Beteiligung. Der Antrag sei beim Niedersächsischen Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft gestellt worden. Entsprechend den Vorgaben sei ein Zeit- bzw. Projektplan beigefügt worden. Dieser gäbe Auskunft darüber, wie die Breitbandversorgung verbessert werden könne. Lediglich ein Unternehmen biete den Ausbau für das gesamte Gebiet des Landkreises an. Im Norden des Landkreises werde bereits in ersten Bauabschnitten die Versorgung über ein Glasfaserkabel möglich sein. Im Süden hingegen sei zunächst nur eine Versorgung über UMTS-Frequenzen möglich. In weiteren Schritten solle auch im Süden eine Versorgung über ein Glasfaserkabel hergestellt werden.

KAbg. Müller fragt, ob man erfahren dürfe, welches Unternehmen dies sei.

Vorsitzender Kaatz verneint dies. Der Sprecher fragt, wann der Antrag gestellt worden und wann mit einer Entscheidung zu rechnen sei.

Herr Kattenstroth antwortet, dass er den Antrag am 11. Januar 2010 persönlich beim Niedersächsischen Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft abgegeben habe. Die Prüfung und Entscheidung werde laut Auskunft des Ministeriums etwa 6 bis 8 Wochen in Anspruch nehmen.

Vorsitzender Kaatz schließt die Sitzung um 18:00 Uhr.

Vorsitzender Detlef Kaatz

Dezernentin Heike Schäffer

Protokollführer